

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### Start der Europarokete Ariane gescheitert

Der 15. Start der Europarokete Ariane ist am Freitag gescheitert. Nach Angaben des Raumfahrtzentrums in Kourou in Französisch-Guayana musste die Rakete vom Typ «Ariane 3» neun Minuten nach dem Start zerstört werden. Sie hatte einen europäischen und einen amerikanischen Kommunikationssatelliten in den Weltraum bringen sollen.

### Israel vor dem Sicherheitsrat

Der Weltsicherheitsrat hat mit scharfen Angriffen gegen Israel eine von Qatar beantragte Debatte über Zwangsmassnahmen in einigen von Israel besetzten arabischen Gebieten begonnen. Der Vertreter der PLO, Riyad Mansour, der trotz amerikanischer Proteste das Wort erhielt, nannte die Massnahmen «faschistisch» und «illegal» - selbst nach israelischem Recht. Israels Botschafter Benjamin Netanyahu verteidigte sich mit dem Argument, sein Land müsse sich vor Mördern und deren Kollaborateuren schützen.

### Kundgebung gegen NPD-Parteitag geplant

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Gewerkschaften, Sozialdemokraten, die Grünen und mehrere Ausländerorganisationen haben am Freitag gemeinsam zu einer Kundgebung gegen den nationalen Kongress der rechten Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) aufgerufen. Der Anlass beginnt am Samstag in Neustadt.

### Europaparlament nahm Resolution gegen Denktasch an

Strassburg (AP) Das Europaparlament hat am Freitag eine Resolution angenommen, die den Präsidenten der türkisch-zypriischen Republik, Rauf Denktasch, für seine Bemühungen kritisiert, seine Stellung zu festigen. An der Debatte in Strassburg beteiligten sich fast nur Griechen. Sie warfen Denktasch vor, er mache jede Möglichkeit einer friedlichen Regelung des Zypern-Problems zunichte, und forderten das Europaparlament auf, es möge sich für Verhandlungen zwischen den Volksgruppen der Griechen und Türken auf Zypern einsetzen.

Der britische konservative Abgeordnete James Scott-Hopkins sagte, die Resolution, die ein griechischer Kommunist eingebracht hatte, trage nicht zu einer Lösung des Zypern-Problems bei. Der Christdemokrat Rudolf Wedekind aus der Bundesrepublik bezeichnete die Resolution als eher von griechischem Nationalismus bestimmt als von ehrlicher Suche nach einer Regelung. Scott-Hopkins zufolge glaubt UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar, dass eine Lösung des Zypern-Problems näher denn je sei. Perez habe das EG-Beamten in einem Telegramm mitgeteilt.

### Lehrstellen-Katalog 1986

In der heutigen Ausgabe enthält das VOLKSBLATT eine vielseitige Beilage über die Lehrstellensituation in unserem Land. Der Lehrstellenkatalog 1986, von der Berufsberatung in Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung zusammengestellt, enthält rund 250 offene Lehrstellen. Ausserdem bietet der Lehrstellenkatalog wertvolle Hinweise für Schüler und Eltern für die Berufswahl und das Vorgehen bei der Suche einer geeigneten Lehrstelle.

## UNO-Beitritt stösst überwiegend auf Ablehnung

Nach der FBP-Umfrage erachtet der Bürger die Aufklärungsarbeit der Regierung als mangelhaft

Die Frage eines UNO-Beitritts unseres Landes taucht immer wieder in der Öffentlichkeit auf. Die Bekanntgabe der Aufnahmen diplomatischer Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl veranlasste zu Spekulationen über weitere ausserpolitische Schritte in naher Zukunft. Ausserdem verliert der bevorstehende Besuch des Regierungschefs bei der UNO in New York weiteren Mutmassungen neue Nahrung. Die Bürger unseres Landes, die in den letzten Jahren mit Informationen über Aussenpolitik nicht gerade verwöhnt wurden, lehnen jedoch nach der FBP-Umfrage einen UNO-Beitritt Liechtensteins mit grosser Mehrheit ab.

Soll Liechtenstein der UNO beitreten? So lautete die schlichte Frage, welche die FBP-Obmänner und ihre Helfer mehreren Hundert Männern und Frauen in unserem Land vorlegten. Das Ergebnis der Umfrage lässt auf wenig Vorliebe für diesen ausserpolitischen Schritt schliessen, denn 58,1 Prozent der Befragten antworteten mit einem schlichten «Nein». Für 21 Prozent der Befragten war die Frage des UNO-Beitritts «unbedeutend». Nur gerade 5,9 Prozent der Befragten aus allen Schichten unserer Bevölkerung erachteten einen UNO-Beitritt als «sehr wichtig» und 15 Prozent stufte diese Frage als «wichtig» ein.

### Wenig Interesse

Die Vorbehalte gegen die Vereinten Nationen, die auch anderswo vorhanden

sind, widerspiegeln sich deutlich in diesem Umfrageergebnis. Möglicherweise spielt auch bei den Antworten eine gewisse abwartende Haltung eine Rolle, indem zuerst abgewartet werden möchte, wie die Schweiz bei der auf das kommende Jahr vorgesehenen Volksabstimmung entscheidet. Die Ablehnungsfrente in unserem Land erscheint jedoch mit über vier Fünfteln der Befragten recht hoch. Einerseits hängt dieses Resultat sicher mit einem gewissen Desinteresse zusammen, das die Bevölkerung den Fragen der Aussenpolitik generell entgegenbringt, solange darüber nur diskutiert wird. Auf der anderen Seite jedoch kann sich der Bürger, der sich nicht speziell mit ausserpolitischen Fragen beschäftigt, kaum ein richtiges Bild von den Konsequenzen eines möglichen Beitritts zur UNO ma-

### Unterzeichnung der Europäischen Charta über die Lokalautonomie

(paßl) - Die Regierung beschliesst, die Europäische Charta über die Lokalautonomie anlässlich der Ständigen Konferenz der Regional- und Lokalbehörden Europas, die vom 15. bis 17. Oktober 1985 in Strassburg durchgeführt wird, durch den Ständigen Vertreter beim Europarat zu unterzeichnen.

## Die Alpzeit ist zu Ende

Ein Alpsommer neigt sich wieder dem Ende zu. Während 80 bis 89 Tagen haben gegen 1500 Stück Jungvieh, 300 Kühe und 800 Schafe auf unseren Alpweiden Futter gefunden. Mit dem nahenden Herbst wird an diesem Wochenende der grösste Teil abgetrieben, nachdem die Triesenberger Tiere sich bereits auf den Maiensässen Steg und Silum befinden.

Für den Bauern ist es auch heute in unserer technisierten Welt noch jedes Jahr von Bedeutung, wenn seine Tiere gesund und gutgenährt zurückkehren und für die vielen Gäste und Besucher unseres Landes stellt eine solche Alpabfahrt gerade ein Ereignis dar. Mit Staunen wird jeweils festgestellt, dass es in Liechtenstein doch auch noch Bauern gibt und das Ereignis wird mit den Photoapparaten festgehalten.

Trotz einem äusserst kalten Winter war derselbe eher schneearm und allgemein konnten die Alpen zwischen dem 20. bis 30. Juni bestossen werden. Der günstige Sommer mit jeweiligen Niederschlägen zur rechten Zeit garantierte auch die ganze Zeit hindurch genügend Futter.

### Schnee auf Gritsch und Milzbrand auf Pradamé

Auf den eigentlichen Hochalpen fiel

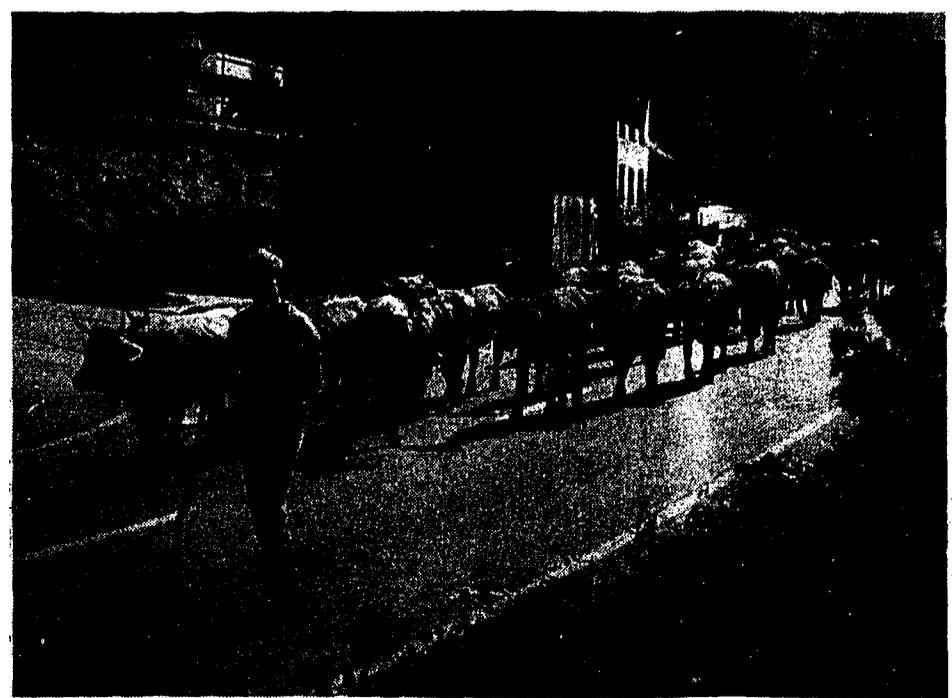
am 6. und am 26. August Schnee, was beispielsweise auf Gritsch zur vorübergehenden Stallfütterung zwang. Glücklicherweise hielt der Schnee der nachfolgenden Wärme nicht lange stand, so dass die Tiere jeweils wieder rasch ihr Futter selber suchen konnten.

Der im Sommer auf Pradamé aufgetretene Milzbrandfall blieb glücklicherweise lokalisiert und ein epidemisches Auftreten konnte dank der getroffenen Massnahmen verhindert werden.

Nun steht im Tal wie in den Berggemeinden den Tieren genügend Futter auf den Herbstweiden zur Verfügung und es ist nur zu hoffen, dass wir uns noch einen schönen, langen Herbst hindurch an den weidenden Herden erfreuen können.

### Blickpunkt: Prämienmärkte

Der Prämienmarkt, der Wettbewerb um die besten Tiere, stehen auch bereits wieder vor der Tür. Im Steg wird er am 21. September, in Vaduz am 5. und in Eschen am 12. Oktober durchgeführt. Mit diesen Anlässen findet praktisch ein Arbeitsjahr in der Landwirtschaft den Abschluss und bereits wird schon wieder die Saat für das kommende Jahr der Erde anvertraut.



Alpabfahrt: Jedes Jahr ein besonderes Erlebnis, wie hier gestern auf der Schlossstrasse in Vaduz. (Bild: A. Kieber)

## FBP

### Stammtischrunde FBP Ruggell

Morgen Sonntag um 20 Uhr findet eine weitere Stammtischrunde der FBP-Ortsgruppe Ruggell im Gasthof «Rössle» statt. Unter der Leitung von Obmann Pius Büchel kommen dabei aktuelle Themen der Landes- und Gemeindepolitik zur Sprache. Alle sind zu diesem Hock recht herzlich eingeladen. Besonders richtet sich der Aufruf zur Teilnahme an dieser ungezwungenen Diskussion an die Damen und an die Jugend.

### Bildung einer Kommission für Kulturgüterschutz

(paßl) - Die Regierung beschliesst, für die Belange des Kulturgüterschutzes eine Kommission zu bestellen, der Vertreter der Verwaltung, der kulturellen Institutionen sowie der Gemeinden angehören sollen.

Liechtenstein ist 1960 dem Haager Abkommen zum Schutze von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten beigetreten. Gemäss dem Abkommen umfasst der Kulturgüterschutz sowohl die Inventarisierung und das Erstellen der Sicherstellungsdocumentation als auch bauliche Schutzmassnahmen und die Ausbildung des Personals. In Liechtenstein befassen sich verschiedene Stellen mit Kulturgütern. Damit die vielfältigen Aufgaben in den verschiedenen Bereichen koordiniert und zielführend bearbeitet werden können, bestellt die Regierung eine Kommission.

## Schweiz und die UNO

Bern (AP) Die Schweiz ist an der 40. Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNO) zur Durchsetzung ihrer Interessen erneut auf die Hilfe befreundeter Staaten angewiesen. Mitarbeiter der Direktion für internationale Organisationen erläuterten am Freitag vor der Presse die Interessen der Schweiz an rund einem Viertel der 147 Geschäfte umfassenden Tagesordnung, ohne als Nicht-UNO-Mitglied direkt Einfluss nehmen zu können. An der am kommenden Dienstag beginnenden «Jubiläums-Tagung» ist die Schweiz als Beobachter zugelassen, ebenso an der Weltjugendkonferenz. Mitte Dezember wird unter anderem der neue UNO-Flüchtlingskommissar gewählt, ohne Stimme der Schweiz, obwohl sie einen aussichtsreichen Kandidaten stellt.

## Stafanopoulos kündigt Parteiprogramm an

Athen (AP) Der Vorsitzende der neuen konservativen griechischen Partei Demokratische Erneuerung, Kostas Stafanopoulos, hat am Freitag sein politisches Programm umrissen. Die Organisation ist eine Abspaltung von der konservativen Oppositionspartei Neue Demokratie. Stafanopoulos sagte, er sei für eine freie Marktwirtschaft und eine breit angelegte Sozialpolitik. Die Existenz amerikanischer Militärstützpunkte in Griechenland sei notwendig, um die Verteidigung des Landes zu garantieren. Die Demokratische Erneuerung müsse einen populistischeren Kurs fahren und sich mehr an die Arbeiter wenden als die Neue Demokratie.

### Der Fall «Staatsgerichtshof»:

## Protokolle werden offengelegt

Die Entscheidung des Landgerichts im Fall «überl Nachrede» gegen den Präsidenten des Staatsgerichtshofes, Dr. Erich Seeger, zieht weitere Kreise. Nachdem das Landgericht in seinem Urteil festgehalten hatte, der Tatbestand des Amtsmissbrauchs von Seiten des Staatsgerichtshofpräsidenten liege «objektiv» vor, entschied der Staatsgerichtshof nach einer Mitteilung am 29. August, dass die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Staatsgerichtshofes von «der gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht» entbunden würden. Ausserdem wurde Staatsgerichtshofpräsident Seeger, der in diesem Verfahren Privatankläger ist, ermächtigt, die Beratungsprotokolle der Sitzungen des Staatsgerichtshofes vom 15. Oktober 1984 und vom 14. und 15. Februar 1985 offenzulegen.

hoben worden sei. Eine Verteidigung ist nach Ansicht des Staatsgerichtshofes ausserordentlich erschwert, wenn die Mitglieder des Richterkollegiums weiter zur Verschwiegenheit verpflichtet werden. Das Interesse an der Klärung der erhobenen Vorwürfe, so der Entscheid des Staatsgerichtshofes, überwiege bei weitem das Interesse und den Zweck der Geheimhaltung.

Als Begründung für diesen Entscheid führt der Staatsgerichtshof, der unter dem Vorsitz von Dr. Quido Meier getagt hat, den schwerwiegenden Vorwurf des Amtsmissbrauchs an, der gegen Dr. Seeger vom Landgericht er-

Dr. Erich Seeger hat in einem Schreiben von diesem Recht Gebrauch gemacht und dargelegt, dass der Vorhalt des Amtsmissbrauchs «in keiner Weise begründet» sei. Anderslautende Behauptungen, ob «von den Kunsthaus-Initianten, den Medien oder gar von Richtern des Staatsgerichtshofes» entsprechen nach seiner Darstellung nicht den «Feststellungen des Senats des Staatsgerichtshofes». Das gleiche gelte ebenso für die Ermittlungsverfügung und die Durchführung der Ermittlungen. Dr. Seeger teilt in dem Schreiben auch mit, dass er gegen den Freispruch des Initiativkomitees als Privatankläger Berufung angemeldet habe.